

Südwestblick

Demokratisch - Kritisch - Parteilich - Links

Auf dem rechten Auge blind?

„Rerum cognoscere causas“ heißt das lateinische Motto des „Tagesspiegel“, das im Kopf der Zeitung unter einer Weltkugel steht. Die Ursachen der Dinge zu erkennen! In diesem Sinn also will die Zeitung ihren Leserinnen und Lesern dienen. Viele Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Steglitz-Zehlendorf haben

„linke“ als „rechte“ Straftaten registriert habe. Dass verhältnismäßig harmlose Aktionen der linken Szene von den jeweils regierenden Parteien und einem Großteil der Medien gern zu terroristischen Gewalttaten aufgeblasen wurden, rechte Gewalt hingegen bagatellisiert und häufig irgendwelchen Einzeltätern in die Schuhe geschoben wurde, ist nichts Neues. Dass aber das Bemühen des Vertreters einer angesehenen Wochenzeitung, die Mordserie der Neonazi-Bande einfach so in die Statistik politisch motivierter Straftaten einzuordnen, lässt dann doch den Puls schneller schlagen. Immerhin



Foto aus „Unser Blatt“ VVN-BdA

den „Tagesspiegel“ abonniert und nehmen somit vermutlich Kenntnis von der jeden Montag abgedruckten Kolumne „Was macht die Welt?“. Es sind jedesmal von der Redaktion ausgearbeitete vier Fragen zum Weltgeschehen, die dem Herausgeber der Zeit, Josef Joffe, vorgelegt werden. Leider beweist dieser Mann mit seinem im betont saloppen Journalist-von-Welt-Habitus im Wochenrhythmus, dass er dem Motto des Tagesspiegel nicht gerecht wird. Warum ihn die Leitung der Zeitung nicht schon längst aus dem Verkehr gezogen hat, soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Jedenfalls tauchte er im November mit seinen analytischen (Un)fähigkeiten auf einen absoluten Tiefpunkt, als er die Frage beantworten sollte, ob der Staat nicht das Thema Rechtsextremismus vernachlässigt bzw. verharmlost habe. Joffe verneinte dies mit dem Hinweis, dass man im vergangenen Jahr sogar mehr

heißt es in einer gemeinsamen Entschliebung aller Bundestagsfraktionen, man sei „zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorgebracht hat“. Unvorstellbar? Die richtigen Worte der Empörung können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der Erklärung soviel Heuchelei anhaftet, die an einen Satz von Friedrich Nietzsche denken lässt:

Ausgabe Nr. 4 2011

Inhalt dieser Ausgabe

Seite 1 & 2 Auf dem rechten Auge blind?

Seite 3 Neuer Bezirksvorstand

Seite 4 Neues altes Bezirksamt, BER II und Impressum

„Niemand lügt soviel als der Entrüstete“. Während sich die Erkenntnisse über die Verflechtung des neofaschistischen Terrornetzwerkes mit den Geheimdiensten häufen und erhärten, überschlägt sich die politische Elite mit Lösungsvorschlägen, die uns mit den Stichworten Internetkontrolle und Vorratsdatenspeicherung nur noch näher an einen ohnehin geplanten Überwachungsstaat heranführen.

Was ist wirklich zu tun? Aufarbeitung und Analyse, ein Hinterfragen eigener Positionen, das ist das Gebot der Stunde, will man die für sich selbst reklamierte demokratische Glaubwürdigkeit nicht vollends aufs Spiel setzen. Auch über die Mitverantwortung der Medien muss gesprochen werden. Sie haben sich allzu oft als Multiplikatoren eines Rassismus à la Sarrazin betätigt, uns so einen fruchtbaren Boden für die Operationen rechtsextremer Gesinnungstäter bestellt. Ein Thema verdient unsere besondere Aufmerksamkeit und muss nun endlich gewissenhaft aufbereitet werden: das braune Erbe der Bundesrepublik. Gemeint ist die sanfte Landung ehemaliger Nazigrößen auf dem Boden der BRD und ihre wohlwollende Aufnahme in den politischen Betrieb der jun-



Foto Stegemann

gen Republik. In der ersten Adenauer-Regierung befanden sich mehr NSDAP-Mitglieder als in der ersten Nazireichsregierung vom 30. Januar 1933. Dr. Hans Maria Globke, Ministerialrat im faschistischen Innenministerium und Mitverfasser der Nürnberger Rassegesetze, war von Anfang bis Ende der Ära Adenauer der mit Abstand einflussreichste und mächtigste Mann in Bonn nach dem Kanzler. Ihm ist es zu verdanken, dass – um ein derzeitiges Modewort zu verwenden – ein Schutzschirm für Nazis und Kriegsverbrecher aufgespannt wurde, unter den Hunderte von Nazi-Juristen, SS-Haupt- und Obersturmführer schlüpfen konnten, um alsbald als „demokratisch geläuterte“ Richter, Staatsanwälte, Kriminalräte und Kriminalhauptkommissare Karriere zu machen. Dieser Schutzschirm nahm ganz selbstverständlich auch die Mitarbeiter der neuen Geheimdienste und der Sicherheitsbehörden unter seine Fittiche.

Diese ehrenwerten Herren wurden gebraucht, ihre Aufgabe war es von Anfang an, sozialistische Ideologien, antifaschistische und radikal-demokratische Positionen unter Feuer zu nehmen. Schließlich ging es darum, um jeden Preis zu verhindern, dass die ökonomischen Grundlagen, auf denen der Faschismus ruhte, beseitigt würden. Deshalb wurden die Störenfriede mit allen politischen und juristischen Mitteln von eben jenen verfolgt, die ihr Handwerk bereits zwischen 1933 und 1945 ausgeübt hatten.

Auf den kaum beschädigten Fundamenten alter Machtverhältnisse entstand ein geistiges Klima in der Bundesrepublik, in dem faschistisches und rassistisches Gedankengut nie wirklich gesellschaftlich geächtet wurde. Und dieses Klima prägte und prägt bis auf den heutigen Tag auch die Arbeit aller Geheimdienste – man möchte hinzufügen: wie sollte es auch anders sein in einem Staat, der den Antikommunismus zur Staatsdoktrin erhoben hat. Gezielt wurden über Jahrzehnte alle Kräfte und Methoden genutzt und ausgeschöpft, um die alte Parole: „der Feind steht links“ mit handfesten Taten zu untermauern. Ganz bewusst hat man nach 1989 auch die Orientierungs- und Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher aus den dann neuen Bundesländern in diesem Sinn zu instrumentalisieren gewusst. Die Partei DIE LINKE hat sich stets für ein Verbot der NPD eingesetzt. Sie tut dies selbstverständlich auch heute. Allerdings, wenn das politische Establishment und die ihnen angeschlossenen Medien den „braunen Sumpf“ ernsthaft trocken legen wollen, müssen sie den Mut aufbringen, tiefer liegende Schichten freizulegen und bereit sein, die demokratische Gesinnung ihrer staatlichen Organe kritisch auf den Prüfstand stellen. Sie sähen sich dann allerdings auch mit den folgenden sehr heiklen Fragen konfrontiert: Könnte es sein, dass sich die Neofaschisten in ihrer Gesinnung durch die Denkweisen leitender Mitarbeiter in offiziellen Institutionen bestätigt sehen? Dass sich die gefühlte oder tatsächliche (?) Akzeptanz ihrer Ansichten zu einer zumindest eingebildeten Partnerschaft entwickelt und so zu einem zusätzlichen Motivationsschub für ihr mörderisches Treiben hier und übrigens auch in Norwegen geführt hat? Wäre es allzu abwegig in sehr zugespitzter Form die Frage zu stellen, ob nicht durch ein NPD-Verbot der Verfassungsschutz seine politische Heimat verlöre? Oder umgekehrt: Würde nicht ein Verbot des Verfassungsschutzes der NPD ihre finanziellen Grundlagen entziehen?

Der bekannte Satz von Bertolt Brecht – „Der Schoß ist fruchtbar noch“ – hat an Aktualität nichts eingebüßt.

Hans Schoenefeldt

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf hat einen neuen Bezirksvorstand gewählt



Von links nach rechts: **Matti Nedoma**, 23 Jahre, stellvertretender Vorsitzender; **Gerald Bader**, 43 Jahre, Beisitzer; **Dennis Simon**, 21 Jahre, Beisitzer; **Franziska Brychcy**, 27 Jahre, stellvertretende Vorsitzende; **Eduard van de Wal**, 60 Jahre, Schatzmeister; **Eberhard Speckmann**, 70 Jahre, Vorsitzender; **Pia Imhof-Speckmann**, 47 Jahre, Beisitzerin. Weiterhin wurden als Beisitzer in den Vorstand gewählt; **Yilmaz Günay**, 31 Jahre und **Frank Springer**, 30 Jahre. .

Wahlnachlese Steglitz-Zehlendorf -



Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen liegen hinter uns. Wir haben unser Wahlziel in Steglitz-Zehlendorf

klar verfehlt. Wir sind auch in den kommenden fünf Jahren nicht in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten. Das ist schade, aber kein Grund, lange Trübsal zu blasen. Gegen den Landes- und Bundestrend ist es uns gelungen, unser Ergebnis zu halten und Stimmen hinzuzugewinnen. Wir sind in der Pflicht, den knapp 4000 Wählerinnen und Wählern, die uns in der Bezirksverordnetenversammlung sehen wollten, eine Stimme zu geben.

In der Auswertung des Wahlergebnisses gibt es berlinweit Debatten. Abzusehen ist bereits jetzt, dass hierbei verschiedene Schlussfolgerungen und Konsequenzen gezogen werden. Erkennbar ist,

dass sämtliche Westbezirksverbände ihre Ergebnisse gehalten bzw. gesteigert haben, während der gesamte Ostteil der Stadt verloren hat.

Es ist uns nicht gelungen, in die Bezirksverordnetenversammlung mit Mandaten einzuziehen. Das sollte uns nicht davon abhalten, in der Bezirkspolitik aktiv zu sein. Während des Wahlkampfes haben wir vereinzelt neue Kontakte zu SPD, GRÜNEN und PIRATEN geknüpft. Diese Gesprächsfäden müssen erhalten werden. Wenn wir durch unsere Kontakte präsent bleiben, können wir versuchen, unsere Inhalte aus dem Wahlprogramm irgendwie zu setzen.

Im vorparlamentarischen Raum liegt eine unserer Stärken. Wir sind bereits in vielen Bürgerinitiativen aktiv und präsent. Das gilt es zu stärken. Besonders im Bereich der sozialen Institutionen und Jugendarbeit haben wir noch Reserven. Machen wir uns bekannter. Schreiben wir geeignete Multiplikatoren an und stellen uns vor. Erfragen wir, wo die Leute vor Ort Unterstützung und Hilfe brauchen und bieten wir uns an, sie nach Möglichkeiten zu unterstützen.

Wir haben ein bezirkliches Wahlprogramm. Es

stellt ist eine gute Grundlage für unsere Bezirkspolitik dar. Was nicht bedeutet, dass es nicht fortentwickelt werden kann. Neue Herausforderungen erfordern neue Antworten, Stillstand ist Rückschritt. Und wir haben bereits neue Ideen.

Neues altes Bezirksamt

Steglitz-Zehlendorf wird auch in den kommenden fünf Jahren von einer Zählgemeinschaft aus CDU und GRÜNEN regiert. Obwohl andere politische Mehrheiten möglich gewesen wären, entschieden sich die GRÜNEN einstimmig für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Konservativen. Auf sieben Seiten haben die beiden Parteien ihre Ziele und politischen Inhalte in einer Zählgemeinschaftsvereinbarung festgehalten. Neben zahlreichen unverbindlichen Absichtserklärungen und Prüfaufträgen und wenig konkreten Vereinbarungen, legten CDU und GRÜNE die Struktur des neuen Bezirksamtes fest. Bürgermeister bleibt Norbert Kopp (CDU). Er bleibt u. a. zuständig für Personal, Finanzen und das Rechtsamt. Die bisherige GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Christa Markl-Vieto, die selbst Bürgermeisterin werden wollte, rückt als Stadträtin für Umwelt, Tiefbau, Landschaftsplanung und Jugend ins Bezirksamt auf. Weiterhin ist sie die neue Frauenbeauftragte des Bezirks. Den Bereich Bürgerdienste, Kultur, Schule und Sport verantwortet weiterhin Cerstin Richter-Kotowski (CDU). Pikant ist, dass Frau Richter-Kotowski für das Abgeordnetenhaus in Steglitz kandidierte und ihr Direktmandat gewann. Allerdings zog sie es dann vor, Stadträtin zu bleiben, sodass die Wählerinnen und Wähler in Steglitz ohne Wahlkreisabgeordneten bleiben müssen. Ebenfalls im Amt bleibt Norbert Schmidt (CDU). Er wird als Stadtrat verantwortlich für den Bereich Soziales und Stadtentwicklung sein. Der Posten des stellvertretenden Bürgermeisters und Stadtra-

tes für Ordnung und Gesundheit ist im Moment vakant. Die bisherige Stadträtin Barbara Loth (SPD) wurde zur neuen Staatssekretärin von Sozialsenatorin Dilek Kolat (SPD) ernannt. Zu Redaktionsschluss hat die SPD noch keinen Nachfolger gewählt.

Impressum:

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf,
Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin.

Tel. 030 700 96 741,

E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de

Im Web: www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/

V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

Neues vom Forschungsreaktor



DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf fordert die Stilllegung des BER II. Zur Zeit ist der Reaktor wegen Baumaßnahmen vorübergehend stillgelegt. Wir fordern, dass er gar nicht erst wieder hochgefahren wird und keine Erweiterung stattfindet. Die dort lebenden Menschen sind bei Betrieb des Reaktors permanent der sogenannten Niedrigstrahlung ausgesetzt, die in offiziellen Untersuchungen stets vernachlässigt wird.



Allen Genossinnen und Genossen,
allen Südwestblick Leserinnen und -Lesern
wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein
friedliches und gesundes Jahr 2012.

Kämpfen wir gemeinsam für eine friedliche
Welt. Stellen wir uns dem Sozialabbau
entgegen. Treten wir für eine soziale
und ökologisch gesunde Umwelt ein.

DIE LINKE.

Steglitz-Zehlendorf
Bezirksvorstand